

Abo [Interview zu Ukraine-Flüchtlingen](#)

«Der Schutzstatus S wird von Roma-Clans ausgenutzt»

Der Berner Asyldirektor Pierre Alain Schnegg spricht Klartext: Der Schutzstatus S für die Ukraine-Flüchtlinge werde zunehmend missbraucht, er müsse abgeschafft werden.



Raphaëla Birrer, Markus Häfliger

Publiziert: 03.05.2024, 05:16



«So kann es nicht weitergehen»: Der Berner SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg.

Foto: Raphael Moser



Hören Sie diesen Artikel:

00:00 / 10:18 1X

BotTalk

Gut zwei Jahre nach Kriegsausbruch wird es immer wahrscheinlicher: Viele der rund 65'000 ukrainischen Flüchtlinge in der Schweiz werden wohl nie mehr in ihre Heimat zurückkehren. Gleichzeitig kommen immer mehr Roma mit ukrainischen Pässen in die Schweiz und sorgen in den Kantonen für Probleme. Nun verlangt der Berner SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg – im zweitgrössten Kanton für das Ukraine-Dossier zuständig – einen grundlegenden Kurswechsel.

Herr Schnegg, alle loben den neuen Asylminister Beat Jans. Sie auch?

Ja, denn was er bisher angekündigt hat, geht in die richtige Richtung. Es ist zum Beispiel wichtig, dass Menschen aus Nordafrika mit geringen Aufnahmechancen in die 24-Stunden-Verfahren kommen. Nur mit raschen Entscheiden bleibt unser Asylwesen glaubwürdig, nur so erhalten wir die Akzeptanz der Bevölkerung.

Jans hat bislang vor allem angekündigt, wo er Handlungsbedarf sieht. Wo besteht dieser aus Ihrer Sicht am dringendsten?

Beim Schutzstatus S für die ukrainischen Flüchtlinge. Schweizweit sind es über 65'000 Personen, davon im Kanton Bern über 8000. So wie es jetzt mit dem Status S läuft, kann es nicht weitergehen. Es war richtig, den Schutzstatus S nach Kriegsbeginn zu aktivieren. Aber heute wird er vermehrt missbraucht.

Missbraucht?

Die meisten Menschen, die neu kommen und Anspruch auf den Schutzstatus erheben, sind nicht mehr direkt vom Krieg betroffen. Konkret kommen heute vor allem Roma, und viele davon sprechen weder Ukrainisch noch Russisch.

Es gibt auch in der Ukraine vom Krieg bedrohte Roma.

Das stimmt. Und die Neuankömmlinge haben auch Papiere aus der Ukraine. Aber wir zweifeln in vielen Fällen an dieser Identität. Sie verhalten sich nicht wie Kriegsflüchtlinge, die an Leib und Leben bedroht sind. Sie kommen und gehen von einem Tag auf den anderen. Diese Roma werden sicherlich oft von Organisationen missbraucht, oder es steckt schon fast ein Geschäftsmodell dahinter.

Sie sprechen von Menschenhandel?

Es kommt darauf an, was Sie darunter verstehen. Wir stellen einfach fest, dass ganze Familien, manchmal mehr als zehn Personen, kommen und einen oder zwei Monate später, wenn sie das Geld aus der Asylsozialhilfe erhalten haben, wieder weg sind. Da steckt eine Logistik dahinter. Vielleicht ist Ausbeutung der treffendere Begriff.

Wer beutet diese Menschen mit welchem Zweck aus?

Das Geld, das sie mit dem Schutzstatus S in der Schweiz erhalten, müssen sie sicherlich an ihre Organisation abliefern. Verstehen Sie mich richtig: Ich zweifle die Aufnahme von Kriegsbedrohten aus der Ukraine nicht an, aber hier wird der Status S ausgenutzt von Roma-Clans, die mutmasslich nicht aus der Ukraine kommen.

Noch einmal: Wer genau soll da dahinterstecken?

Das wissen wir nicht. Wir wissen nur, dass die Unterkünfte plötzlich leer sind und die Kinder dieser grossen Familien von einem Tag auf den anderen spurlos aus den Willkommensklassen verschwinden. Das belastet auch unsere Schulstrukturen. Das Lehrpersonal, das sich für diese Kinder engagiert, ist frustriert. Dabei waren die meisten dieser Kinder zuvor nie in Schulen und freuen sich, wenn sie den Unterricht besuchen dürfen.

Wie gross ist das Phänomen? Haben Sie Zahlen?

Mittlerweile wird die Mehrheit der Gesuche für den Status S von Roma gestellt. Das höre ich auch von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Kantonen. Eine konkrete Zahl kann ich nicht nennen, weil sie ja Papiere aus der Ukraine vorweisen. Wir erfassen keine Ethnien.



Wie weiter mit den Ukraine-Flüchtlingen? Ein Bild aus den ersten Kriegstagen, als im ehemaligen Bettenhochhaus des Zieglerspitals in Bern ukrainische Flüchtlinge teils stundenlang anstanden.

Foto: Beat Mathys

Was müsste sich beim Schutzstatus S ändern?

Meine Forderung: Wir sollten den Schutzstatus S jetzt aufheben oder stark beschränken. Die Schweiz bietet im Asylbereich ausreichend Schutz mit einem regulären Status.

Ohne Status S bekämen viele Ukrainer wohl eine vorläufige Aufnahme als Kriegsflüchtlinge. Was wäre damit gewonnen?

Ja, aber das Aufnahmeverfahren wäre anders, und auch die Unterbringung und Integration würde anders aussehen. Der Schutzstatus S ist rückkehrorientiert und nicht auf Integration ausgerichtet. Das ist ein grosser Unterschied.

Ein Kriegsende ist nicht in Sicht – und Sie wollen den Status S trotzdem abschaffen?

Wir befinden uns nicht mehr in der Anfangsphase des Kriegs. Wir können nicht während Jahrzehnten mit einem temporären Status arbeiten, sondern sollten die Betroffenen in einen regulären Aufenthaltsstatus überführen. Österreich hat diesen Ansatz gewählt: Dort erhalten Personen, die einen Job haben und die Landessprache sprechen, ein Bleiberecht.

Auch Bundesrat Jans prüft offenbar eine solche Reform. Sie würden das also unterstützen?

Ja. Bedingung dafür ist aber, dass die Betroffenen genügend integriert sind, um ein selbstständiges Leben zu führen. Wer bereits hier ist und diese Kriterien erfüllt, der soll einen Aufenthaltsstatus erhalten. Und wer neu ankommt, sollte künftig ein reguläres Gesuch stellen. Eine Alternative zur kompletten Aufhebung des Status S wäre, ihn nur noch Ukrainern aus gewissen Landesregionen zu gewähren, die stark vom Kriegsgeschehen betroffen sind.



Provisorisches Bleiberecht: Der Ausweis für den Schutzstatus S in Kreditkarten-Form.

Foto: Anna Billa (20Min)

Aktuell haben nur 23 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge im arbeitsfähigen Alter einen Job. Sie finden, die anderen 77 Prozent haben kein Anrecht mehr auf den Schutzstatus S?

Wer nach Jahren keine Arbeit hat und sich schlecht integriert hat, der sollte wieder in die Ukraine zurückgehen. Der Schutzstatus S ist lediglich ein temporärer Status.

Damit wären die Ukrainer benachteiligt gegenüber Asylsuchenden aus anderen Ländern, die nicht von Anfang an arbeiten müssen.

Vielleicht müssten wir grundsätzlich härter werden, was die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt betrifft. Im Moment sind wir sehr grosszügig. Wichtig wäre es, die Asylverfahren deutlich zu beschleunigen, um die Asylsuchenden rascher arbeitsmarktfähig zu machen.

Die kantonalen Unterschiede bei der Erwerbsquote der Ukrainer sind enorm. Zeigt das nicht, dass teilweise auch die Behörden versagen?

Die Gründe sind vielschichtig. Ich will die Schuld niemandem zuschieben. Ich kann nur sagen, was wir in Bern machen. Soeben haben wir ein Ausbildungszentrum eröffnet, in dem Flüchtlinge ein Intensivprogramm absolvieren. Ziel ist, dass sie nach 14 bis 20 Monaten genügend Sprachkenntnisse und ein Pflegehilfe-Diplom erwerben. Damit können sie sofort in Spitälern, Heimen und bei der Spitex arbeiten. Falls dieses Projekt funktioniert, kann es später auf weitere Berufsgruppen ausgeweitet werden. Es fehlen ja überall Fachkräfte.

Der Bundesrat will die Erwerbsquote jetzt auf 40 Prozent erhöhen. Ist das realistisch?

Das ist mindestens ein Ziel, an dem wir uns orientieren müssen.

Würde die Aufhebung des Status S die Arbeitsintegration erleichtern?

Ja, denn so hätten wir zusätzliche Druckmittel. Reguläre Flüchtlinge kommen zuerst in eine Kollektivunterkunft. Dort erhalten sie Sprach- und Integrationskurse. Erst wenn sie gewisse Ziele erreicht haben, dürfen sie in eine Privatwohnung umziehen. Das ist eine Motivation. Diese fiel bei jenen Ukrainern weg, die von Anfang an privat untergebracht wurden.

Wir kennen im Kanton Bern Ukrainer, die sehr gern arbeiten würden, aber nicht wissen, wo und wie sie sich bewerben sollen. Sie erhalten von Behördenseite kaum Unterstützung.

Der Schutzstatus S war von Anfang an nicht für eine Arbeitsintegration gedacht. Wir haben dafür vom Bund keinen Auftrag bekommen – und ohne Auftrag erhalten wir kein Geld. Das hat sich nun geändert.

Die Kantone haben doch von Anfang an eine Integrationspauschale von 3000 Franken pro Person mit Status S erhalten?

Das reicht gerade für erste Sprach- und Integrationskurse und einige Basisarbeit.

Wäre nicht auch die Wirtschaft in der Pflicht, mehr Flüchtlinge zu beschäftigen, anstatt ständig im Ausland neue Arbeitskräfte zu rekrutieren?

Den Firmen ist es letztlich egal, woher ihre Arbeitskräfte kommen. Sie wollen nur wissen: Ist diese Person fähig, diese Arbeit auszuführen? Ist sie willig, sich zu integrieren? Lohnt es sich, sie auszubilden? Dafür braucht es Aussichten, für die eine Temporärbewilligung nicht ausreichend ist. Wir sollten uns aber keinen Illusionen hingeben: Es gibt in der Schweiz fast keine einfachen Jobs mehr für Menschen mit tiefen Qualifikationen.

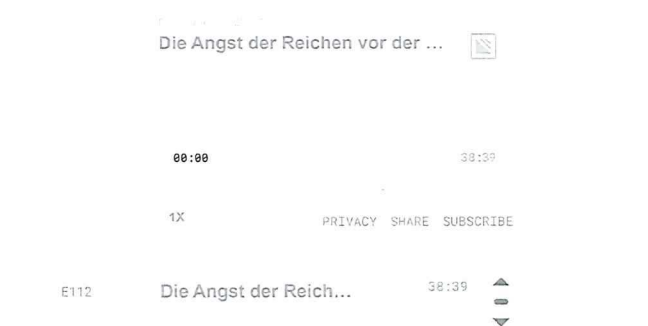
Das stimmt nicht: Die Gemüsebauern im Seeland holen ihre Erntehelfer immer noch aus Polen.

Ich kenne ein paar dieser Gemüsebauern. Sie sagen mir, dass die Polen zuverlässiger seien.

Also gibt es ein Problem mit der Motivation der Asylsuchenden?

Teilweise sicherlich. Die meisten Asylsuchenden haben vorher noch nie so viel Geld gesehen, wie sie hier in einem Monat erhalten – und das ohne Arbeit. Ich betone: Wer neu in die Schweiz kommt, kann nicht am zweiten Tag arbeiten. Ir-

gendwann muss man sich aber entscheiden: Will ich in einem Land bleiben, in dem man arbeiten muss, oder will ich etwas anderes machen?



Abonnieren Sie diesen Podcast auf [Apple Podcasts](#) und [Spotify](#). Falls Sie eine andere Podcast-App nutzen, suchen Sie einfach nach «Politbüro».

NEWSLETTER

Der Morgen Der perfekte Start in den Tag mit News und Geschichten aus der Schweiz und der Welt.

[Weitere Newsletter](#)

Abonnieren

Raphaela Birrer ist Chefredaktorin des Tages-Anzeigers. [Mehr Infos](#)

✕ @raphaelabirrer

Markus Häfliger ist Bundeshausredaktor und Reporter. [Mehr Infos](#)

✕ @M_Haefliger

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)